

# Reaktionen der westlichen Presse auf Besuch Chruschtschows

4. März 1959

Information Nr. 59/59 – Bericht über Reaktion in der westdeutschen und ausländischen Presse zum Besuch des Genossen Chruschtschow in der DDR und auf die Antwortnoten der Sowjetregierung

## Quelle

BArch, MfS, ZAIG 176, Bl. 1–7 (3. Expl.).

## Serie

Informationen.

## Verteiler

Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Ablage.

## Bemerkungen

Es wurden drei Exemplare gefertigt. Das erste und das zweite Exemplar sind im Verteiler jeweils mit einem »?« versehen. Der Großteil der zitierten Pressemeldungen ist am linken Seitenrand mit Bleistiftstrichen markiert und vereinzelt mit unleserlichen Abkürzungen versehen. Der Sinn dieser Markierungen lässt sich nicht erschließen.

### 1. Reaktion in der westdeutschen und ausländischen Presse zum Besuch des Genossen Chruschtschow <sup>1</sup> in der DDR<sup>2</sup>

Der häufigste Kommentar ist übereinstimmend (Rheinische Post, Frankfurter Neue Presse, Hamburger Echo, Westfälische Rundschau u. a.) die Ansicht, dass der Besuch Chruschtschows eine eindeutige Demonstration für die DDR darstellt, die nicht ernst genug genommen werden könne, zur Vorbereitung eines Separatfriedens mit der DDR<sup>3</sup> und zur Übergabe der Kontrollfunktionen in der Frage Westberlins an die DDR dienen würde (entsprechende Verhandlungen seien bereits durch Botschafter Perwuchin<sup>4</sup> geführt worden).

»Nach Ansicht der Sozialdemokraten (*Frankfurter Neue Presse* vom 3.3.1959)<sup>5</sup> muss der Westen jetzt alles daransetzen, um den von den Sowjets angedrohten Separatfrieden mit der Sowjetzone zu verhindern. Der Westen sollte jeden weiteren Streit um Tagesordnungspunkte vermeiden und mit der Sowjetunion in einen Meinungs austausch über einen deutschen Friedensvertrag eintreten.«

Das *Hamburger Echo* erklärt: »Die Ankündigung des Chruschtschow-Besuches in der Sowjetzone hat in Bonn und den übrigen westlichen Hauptstädten die Vermutung verstärkt, dass der Abschluss eines separaten Friedensvertrages zwischen den Ländern des Ostblocks und Ostberlin unmittelbar bevorsteht. Ein solcher Vertrag würde nach Ansicht politischer Beobachter den Streit um Berlin erheblich verschärfen.« ... »Nach Ansicht amerikanischer Regierungsbeamter soll die geplante Reise des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow nach Leipzig den Westen unter Druck setzen, um ihn zu Konzessionen zu veranlassen.«<sup>6</sup>

Der *Westfälischen Rundschau* vom 2.3.[1959] zufolge werde »... in politischen Kreisen Westberlins der Chruschtschow-Besuch als eine der bisher größten Demonstrationen Moskaus für das Ulbricht-Regime gewertet und darauf verwiesen, dass zweifellos wichtige und folgenschwere politische Entscheidungen Moskaus in der Deutschlandfrage bevorstehen.«<sup>7</sup>

Wie das *Hamburger Abendblatt* verlautet, werde in Washington die Ansicht vertreten, dass Chruschtschow im Augenblick noch nicht bereit sei, einen Friedensvertrag mit der DDR zu unterzeichnen. Ähnliche Schlussfolgerungen soll auch Ollenhauer<sup>8</sup> gezogen haben. Die Reise Chruschtschows sei zunächst als eine Demonstration zu werten.<sup>9</sup>

Einem *UPI-Kommentar* vom 3.3.1959 zufolge besucht Chruschtschow offiziell die Leipziger Messe zu einem Zeitpunkt, »... da ostdeutsche und sowjetische Vertreter bereits Vorbesprechungen über einen separaten Friedensvertrag für Ostdeutschland führen, und Chruschtschow wird möglicherweise auf einer Massenkundgebung eine Antwort darauf geben. Auf jeden Fall gilt es als sicher, dass Chruschtschow Richtlinien für die Kampagne für die Unterminierung Westberlins durch die Übergabe der Kontrollfunktionen über den Verkehr der westlichen Alliierten nach der Stadt am 27. Mai geben wird.<sup>10</sup> Man rechnet damit, dass diese Pläne, trotz der neuesten sowjetischen Noten an die drei Westmächte, vorangetrieben werden.<sup>11</sup> Jeder der bereits erfolgten drei Besuche Chruschtschows in Ostdeutschland bedeute eine neue Richtungsänderung. Am bemerkenswertesten war der Besuch vom Juli 1955<sup>12</sup> unmittelbar nach der Genfer Gipfelkonferenz.<sup>13</sup> Die Verhandlungen hatten kaum geendet mit einer »Schlussdirektive« der vier Regierungschefs, in der die Verantwortung der vier Mächte für das Deutschlandproblem und freie Wahlen als das Mittel zu dem Ziel anerkannt wurden, als Chruschtschow, der damals noch nicht Ministerpräsident war, nach Ostdeutschland kam und den Spieß umdrehte. Damals sagte er – was er seitdem immer gesagt hat – dass die Wiedervereinigung des geteilten Landes von den Ostdeutschen und Westdeutschen geregelt werden müsse.«

Die »Frankfurter Rundschau« vom 3.3.[1959] schreibt, Chruschtschows Reise nach Leipzig wäre eine »weitere Probe« für die Haltung des Westens; »Moskau droht, einen Friedensvertrag mit der DDR allein abzuschließen, wenn sich die Bundesrepublik und ihre Verbündeten nicht beteiligen. Der Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten soll diese Drohung glaubwürdig machen. Es wäre allerdings zu einfach, sie als Bluff abzutun. Als letztes Mittel steht ein separater Friedensvertrag sicherlich auf der sowjetischen Liste. Im Augenblick scheint er aber noch ein Teil eines Manövers, eines »kalkulierten Risikos« zu sein.« Dennoch würden nun die Westmächte immer mehr die Opfer ihrer Deutschlandpolitik mit doppeltem Boden. Stets hätten sie die Wiedervereinigung als »wichtigstes Ziel« verkündet. Aber jetzt, da sie Farbe bekennen sollen, gehe es nicht so recht.<sup>14</sup>

Die *katholische Zeitung »La Cité«* vom 3.3.1959 vertritt die Meinung, Chruschtschow fahre in die DDR, weil er etwas für die Anerkennung der DDR tun wolle. »Wir glauben, dass er genau das machen wird, was Mikojan<sup>15</sup> in den USA getan hat,<sup>16</sup> d. h. Gespräche führen mit Regierungsvertretern und Leuten aus Handelskreisen wegen der öffentlichen Meinung zur Anerkennung der Pankower Regierung.<sup>17</sup> Die Leipziger Messe ist dazu die beste Möglichkeit, weil in dieser Stadt Vertreter aller Länder der Welt anwesend sind.«<sup>18</sup>

In der Zeitung »Die Rheinpfalz« wird erklärt, dass man in Bonn zur Reise Chruschtschows nach Leipzig laut DPA ausgesprochene Zurückhaltung übe und die Berichte über einen möglichen Abschluss eines Friedensvertrages mit der DDR als reine Spekulationen bezeichne. »Sollte es jedoch tatsächlich zum Abschluss eines separaten Friedensvertrages zwischen der Sowjetunion und der Sowjetzone kommen, würde damit die Spaltung Deutschlands in erpresserischer Weise von den Sowjets zementiert und legalisiert.«<sup>19</sup>

## 2. Reaktion in Westdeutschland und im westlichen Ausland auf die Antwortnoten der Sowjetregierung<sup>20</sup>

Die Antwortnoten der Sowjetregierung haben in führenden Bonner Kreisen ein lebhaftes Echo ausgelöst. Bonner Regierungskreise bringen allgemein zum Ausdruck, dass die sowjetischen Antwortnoten nicht als eine Konzession gegenüber dem Westen aufzufassen seien.

Laut ADN vom 2.3.1959<sup>21</sup> werde der Gegenvorschlag der Sowjetregierung in Bonner Regierungskreisen zwar »als ein kleiner Fortschritt aufgefasst, der aber mit Pferdefüßen verbunden sei«. In diesem Zusammenhang würden Diplomaten des Auswärtigen Amtes nicht nur die Tatsache sehen, dass auf eine Einladung der ČSR und Polens bestanden wird, sondern vor allem auch, dass in den sowjetischen Noten »mit größter Selbstverständlichkeit von einer Konferenz über den Friedensvertrag und Westberlin gesprochen wird«. Bonner Regierungskreise würden die Frage aufwerfen, ob Chruschtschow in der vorigen Woche in seiner Wahlrede absichtlich alle Hoffnungen auf eine Außenministerkonferenz zerschlagen habe, »um die jetzt doch mitgeteilte sowjetische Zustimmung als große Konzession erscheinen zu lassen und nebenher dafür die Zustimmung des Westens zur Einladung Polens und der ČSR einzutauschen«. Die Ausdehnung der Ost-West-Konferenz auf sechs Mächte würde im Bonner Auswärtigen Amt als »sehr bedenklich angesehen«.<sup>22</sup>

Die Hamburger »Welt« berichtet am 4.3.[1959], dass eine erste Prüfung des Wortlautes der sowjetischen Noten durch die Experten des Bonner Auswärtigen Amtes ergeben habe, dass in der Frage der Prozedur gewisse Verhandlungsmöglichkeiten eröffnet worden seien, in der Sache selbst sei dagegen die Haltung der Sowjetregierung nach wie vor als hart und unnachgiebig anzusehen. Die Ausklammerung der Wiedervereinigung als Konferenzthema und der Hinweis auf den Abschluss eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Teilstaaten hätten die Erkenntnis verstärkt, dass die geplante Konferenz im Hinblick auf die deutsche Einheit kaum Fortschritte erhoffen lasse.<sup>23</sup>

Darüber hinaus sei nach Bonner Ansicht die Note aus folgenden Gründen unbefriedigend:

1. Sie enthalte in der Sache selbst keine sowjetischen Konzessionen.
2. Die vom Westen gewünschte Diskussion über das Gesamtproblem der deutschen Frage würde auf die Themen Berlin und Friedensvertrag eingeschränkt.
3. Die Ausweitung der Konferenzteilnehmer auf Polen und die ČSR würde nach westlicher Ansicht dem Prinzip der Verantwortlichkeit der vier Großmächte zur Wiederherstellung der deutschen Einheit widersprechen.
4. Enttäuschend sei die Absicht, Westdeutschland »weitgehend aus der Diskussion über die Sicherheit und Abrüstung auszuschließen, indem diese Themen hauptsächlich einer Gipfelkonferenz überlassen werden sollen«.

In diesem Zusammenhang würden Bonner Kreise dahingehend spekulieren, dass sich die Sowjetregierung nicht ganz aus ihrer in Potsdam und Genf übernommenen Verantwortung zurückziehen wolle. Außerdem würde angenommen, dass die Sowjetregierung bereit sei, »das Berlin-Ultimatum zu lockern«.

Der Westberliner »Tag« vom 4.3.[1959] fügt diesen Stellungnahmen hinzu, dass die Antwortnote der Sowjetregierung nach Bekanntwerden des vollen Wortlautes »außerordentlich schlecht beurteilt« werde. Zu den vorstehend angeführten vier Gründen, die die Note als unbefriedigend erscheinen lassen würden, fügt das Blatt einen weiteren Einwand hinzu. Diplomatische Kreise hätten die Ansicht geäußert, dass die sowjetische Antwortnote nicht die Grundlage für künftige Ost-West-Verhandlungen bilden könne, da die Sowjetregierung u. a. die westliche Zustimmung zur Abhaltung einer Gipfelkonferenz als Voraussetzung für die Außenministerkonferenz betrachte. Der Westen sei aber nicht geneigt, sich im Voraus auf eine Gipfelkonferenz auch für den Fall festzulegen, dass die Außenministerkonferenz scheitert.<sup>24</sup>

Laut »Tagesspiegel« vom 4.3.[1959] würden Bonner politische Kreise die sowjetische Antwortnote »als ein Entgegenkommen in Verfahrensfragen« betrachten. Die Note lasse aber nicht erkennen, dass die Sowjetregierung beabsichtige, von ihren früher vorgebrachten Maximalforderungen abzugehen. Das Blatt weist darauf hin, dass die Sowjetregierung eine Serie von Konferenzen plane. Da die Sowjetunion in der Außenministerkonferenz nur über Berlin und den Friedensvertrag verhandeln wolle, würden Bonner Kreise daran zweifeln, dass die Vorschaltung einer Außenministerkonferenz vor die Gipfelkonferenz ein Ausdruck wirklicher Verhandlungsbereitschaft ist.<sup>25</sup> In einem Kommentar wird darauf hingewiesen, dass die sowjetische »Sprache noch radikaler und drohender« geworden sei. Chruschtschow »spiele mit dem Westen ein raffiniertes Spiel« und viele würden ihm den Gefallen tun, »die Biegsamkeit in der Verfahrensfrage« mehr zu beachten als die Verhärtung in der Sache.<sup>26</sup>

ADN berichtet am 3.3.[1959],<sup>27</sup> dass nach einer Erklärung von Herbert Wehner<sup>28</sup> (SPD), die sowjetische Bereitschaft zur Durchführung einer Außenministerkonferenz zu begrüßen sei. Die SPD sei der Meinung, dass der Westen diese Bedingung ohne Beeinträchtigung seiner bisherigen Position annehmen könne. Die geforderte Teilnahme Polens und der ČSR sollte kein Hindernis für das Zustandekommen der Konferenz sein, da dort schließlich nicht mit Mehrheit abgestimmt würde.<sup>29</sup>

Der SPD-Pressedienst vom 3.3.[1959] schreibt, dass die bisherigen Noten der Westmächte keinerlei konkrete Vorschläge enthalten haben. Mit diesem Ausweichen vor Kernfragen komme man aber nicht mehr weiter. Das Zugeständnis der Sowjetregierung zur Einberufung einer Außenministerkonferenz als Vorstufe für das umfassendere Gespräch verlange von westlicher Seite in hohem Maß von Initiative und Elastizität bei der Verhandlungsführung.<sup>30</sup>

Wie der »Tagesspiegel« vom 4.3.[1959] berichtet, würde in Paris nach Bekanntwerden der sowjetischen Antwortnoten von einer Verhärtung der Lage gesprochen. Aus einer angeblich amtlichen Stellungnahme des französischen Außenministeriums gehe hervor, dass die sowjetische Note so eingeschätzt werde, dass sie eine Verhärtung der offiziellen Sprache enthülle, die mit »Gewaltandrohungen« in der Berlin-Frage Hand in Hand gehe. Die sowjetische Haltung in der Berlin-Frage sei nach Ansicht dieser französischen Kreise drohender geworden. Ebenfalls aus Paris sei bekannt geworden, dass sich Beamte des amerikanischen Außenministeriums dagegen gewandt hätten, die Tagesordnung einer Außenministerkonferenz scharf zu begrenzen. Dagegen sei der Vorschlag, Polen und die ČSR an der Konferenz zu beteiligen, zwar kühl, aber nicht mit ausgesprochener Ablehnung aufgenommen worden.<sup>31</sup>

Laut Reuter-Agentur vom 1.3.[1959] seien französische diplomatische Kreise der Ansicht, dass Verhandlungen über einen separaten Friedensvertrag mit der DDR »ein neues Element mit weitreichenden Konsequenzen in die internationale Situation bringen würde«. <sup>32</sup>

Die französische Zeitung »Combat« betont, dass durch das sowjetische Einverständnis mit einer Außenministerkonferenz in Washington die Ansicht vertreten werde, die Gefahren würden beseitigt. Die Frage sei nur, ob die »Achse Bonn – Paris« bereit sei, auf London und Washington einzuschwenken.<sup>33</sup>

Die englische »News Chronicle« vom 3.3.[1959] schreibt u. a., dass viele Anzeichen dafür beständen, die Sowjetregierung wolle die Gefahr eines Weltkrieges vermindern. Allerdings spekuliert das Blatt, dass die Besorgnis der Sowjetregierung über die Wasserstoffbombe und den »schwachen Zustand Ostdeutschlands« real sei und deshalb Konzessionen zu erwarten seien.<sup>34</sup>

Die schwedische »Stockholms Tidningen« vom 3.3.[1959] gibt zu, dass die Sowjetregierung alles tue, was den Interessen des Friedens diene. »Die Aufgabe einer Konferenz der Großmächte, auf welchem Niveau auch immer, bedeutet eine politische und militärische Anpassung an eine im Grunde veränderte Lage.«<sup>35</sup>

1

Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, Jg. 1894, sowjetischer Politiker, 1953–64 Erster Sekretär des ZK der KPdSU, zudem 1958–64 als Vorsitzender des Ministerrats Regierungschef der Sowjetunion.

2

Chruschtschow weilte vom 4. bis 12.3.1959 zum Staatsbesuch in der DDR. Er besuchte u. a. die Leipziger Messe, trat vor der IX. Deutschen Arbeiterkonferenz auf, sprach auf einer Großkundgebung in Berlin zusammen mit Walter Ulbricht und traf sich mit dem SPD-Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer zu einem Gespräch. Im Mittelpunkt aller Gespräche und Auftritte stand der von der Sowjetunion im Januar 1959 an die Westmächte gesandte Entwurf für einen Friedensvertrag der am Zweiten Weltkrieg beteiligten Nationen mit Deutschland.

3

Am 17.2.1959 drohte Chruschtschow den Westalliierten offen damit, mit der DDR einen separaten Friedensvertrag abzuschließen, sollten diese sich weigern, den von der Sowjetunion im Entwurf vorgelegten Friedensvertrag zu unterzeichnen. Der DDR würde dann die vollständige Kontrolle über alle Zufahrtswege nach Westberlin übertragen. Chruschtschows Besuch in der DDR im März 1959 wurde von den Westmächten als eine Bestätigung dieser Drohung gewertet.

4

Michail Georgijewitsch Perwuchin, Jg. 1904, sowjetischer Politiker, seit 1952 Mitglied im Präsidium (ab 1966 Politbüro) des ZK der KPdSU, 1955 Aufstieg zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten im Kabinett Bulganin, 1957 beteiligt am Versuch Chruschtschow zu entmachten, danach sukzessiver Verlust seiner hohen politischen Ämter, 1958–62 Botschafter der Sowjetunion in der DDR.

5

Vgl. Separatfrieden mit Pankow muss verhindert werden. In: Frankfurter Neue Presse v. 3.3.1959, S. 2.

6

Vgl. Sowjetchef wird in Leipzig erwartet. In: Hamburger Echo v. 2.3.1959, S. 1.

7

Vgl. Sonderfrieden mit Pankow droht. In: Westfälische Rundschau v. 2.3.1959, S. 1.

8

Erich Ollenhauer, Jg. 1901, SPD-Politiker, 1952–63 Bundesvorsitzender der SPD und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Ollenhauer kehrte 1946 aus dem britischen Exil zurück und wurde bereits bei der ersten Bundestagswahl 1949 in den Bundestag gewählt und dort stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion. Zu den Bundestagswahlen 1953 und 1957 trat Ollenhauer als Spitzenkandidat an. Kurz vor seinem Tod im Jahr 1963 wurde er zum Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale gewählt.

9

Vgl. Frieden mit der Zone wird vorbereitet. In: Hamburger Abendblatt v. 2.3.1959, S. 1.

10

Am 27.11.1958 übergab die sowjetische Regierung den drei Westmächten eine Note, in der sie ihre Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland aufkündigte und die Westmächte beschuldigte, das Potsdamer Abkommen gebrochen zu haben. Die Sowjetregierung forderte die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der USA auf, Westberlin binnen sechs Monaten zu entmilitarisieren und Berlin den Status einer »selbstständigen politischen Einheit« als Freie Stadt auf dem Gebiet der DDR zuzugestehen. Sie räumte den Westmächten eine Frist von sechs Monaten ein, diese Forderungen anzunehmen und sich zu Verhandlungen darüber bereit zu finden. Andernfalls würde sie ohne Übereinkunft mit ihnen der DDR die volle Hoheit über die Zugangswege nach Westberlin übertragen. Chruschtschow hatte dieses Vorgehen in einer Rede im Moskauer Sportpalast am 10.11.1958 angekündigt. Eine Note analogen Inhalts ging auch an die Regierung der Bundesrepublik. Diese Frist, als Berlin-Ultimatum in die Geschichte eingegangen, lief am 27.5.1959 aus. Vgl. Wettig, Gerhard: Chruschtschows Berlin-Krise. Drohpolitik und Mauerbau. München 2006, bes. S. 31–53; Uhl, Matthias: Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958–1962. München 2008.

11

Am 2.3.1959 richtete die Sowjetregierung Noten an die Regierungen der USA, Frankreichs und Großbritanniens. Darin warnte sie vor einer militärischen Konfrontation und schlug ein Gipfeltreffen der Regierungschefs der Westmächte und der Sowjetunion vor. Alternativ dazu wäre eine Außenministerkonferenz denkbar. Hinsichtlich der Frage einer möglichen Wiedervereinigung Deutschlands betonte die sowjetische Regierung ihren Standpunkt, dass sie von der Existenz zweier Staaten ausgehe, wobei die DDR der friedlichere von beiden sei, da ein Wiedererstarken des Militarismus, wie sie es in der Bundesrepublik zu beobachten meinte, hier nicht gegeben wäre. Eine Wiedervereinigung müssten die beiden deutschen Staaten unter der Voraussetzung der vollkommenen Souveränität regeln. Der Friedensvertrag, wie ihn die Sowjetunion vorschläge, wäre eine notwendige Bedingung dafür. Etwa zeitgleich ging auch eine Note an die Regierung der DDR. Darin klärte die sowjetische Regierung die Führung der DDR über den Inhalt der an die Westmächte gerichteten Noten auf und warb für den von ihr entworfenen Friedensvertrag. Sie forderte, die Regierungen Polens und der ČSR sowie Vertreter der DDR und der BRD an dem angestrebten Gipfeltreffen der Regierungschefs bzw. der Außenministerkonferenz teilnehmen zu lassen. Vgl. ND v. 4.3.1959, S. 1 u. 5; Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1966. Hg. v. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin. 4. Aufl., München 1987, S. 376 f.

12

Chruschtschow und der damalige sowjetische Ministerpräsident Nikolaj Alexandrowitsch Bulganin statteten auf der Rückreise von der Genfer Gipfelkonferenz vom 24. bis 27.7.1955 der DDR einen Besuch ab. Hier vertrat Chruschtschow erstmals seine »Zweistaatentheorie«, der zufolge eine Annäherung bzw. die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten nur auf der Grundlage einer vollen Souveränität der DDR und der BRD möglich wäre. Damit unterstrich der sowjetische Parteichef, dass die Sowjetunion von nun an von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgehe. Außerdem ließ er keinen Zweifel daran, dass die Sowjetunion eine Wiedervereinigung nur unter Wahrung der »sozialistischen Errungenschaften« befürworte. Das bedeutete einen Wendepunkt in der sowjetischen Deutschlandpolitik. Vgl. ND v. 27. und 28.7.1955; Weber, Hermann: Die DDR 1945–1990. 4. Aufl., München 2012, S. 47.

13

Vom 18. bis 23.7.1955 trafen sich erstmals seit der Potsdamer Konferenz die Regierungschefs der vier Siegermächte zu einer Gipfelkonferenz in Genf, um die Deutschland-Frage zu beraten. Delegationen der BRD und der DDR nahmen als Beobachter daran teil. Hinsichtlich der Problematik einer deutschen Wiedervereinigung konnten keine Fortschritte erzielt werden. Die vier Mächte einigten sich aber trotz ihrer Meinungsverschiedenheiten auf eine gemeinsame Direktive, dass zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Basis freier Wahlen und der Abrüstung und Entspannung in Europa ein enger Zusammenhang bestehe. Außerdem vereinbarten die Regierungschefs ein Treffen ihrer Außenminister, das aber erst im Jahr 1959 stattfand. Vgl. z. B.: Timmermann, Heiner: Die sowjetische Verhandlungsposition zur Genfer Gipfelkonferenz 1955. In: Ders. (Hg.): Deutschlandvertrag und Pariser Verträge. Im Dreieck von Kaltem Krieg, deutscher Frage und europäischer Sicherheit. Münster 2003, S. 161–172.

14

Vgl. Bonn rechnet mit baldigem Separatfrieden. In: Frankfurter Rundschau v. 2.3.1959, S. 1. Die wörtlichen Zitate finden sich in diesem Artikel

so nicht.

15

Anastas Howhannessi (russ. Anastas Iwanowitsch) Mikojan, Jg. 1895, sowjetischer Politiker, 1955–64 Erster Stellvertreter Chruschtschows als Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR.

16

Mikojan hielt sich als erster ranghoher sowjetischer Politiker Anfang 1959 auf einer offiziell als privat deklarierten Reise in den USA auf. Er traf dort am 5.1.1959 mit Außenminister John F. Dulles zu einem Gespräch zusammen, in dessen Verlauf er auf eine Vereinbarung über den Austritt der DDR und der Bundesrepublik aus dem Warschauer Vertrag bzw. der NATO drang.

17

Sowohl die Regierung als auch die SED-Führung hatten ihren Sitz in Berlin-Mitte, in Pankow residierte lediglich Präsident Wilhelm Pieck. Da aber ein Großteil der Mitglieder des SED-Politbüros im Pankower Ortsteil Niederschönhausen wohnte, wurde »Pankow« in der Bundesrepublik der 1950er- und 1960er-Jahre abwertend als Metonym für die DDR-Regierung bzw. die SED-Führung verwendet.

18

Dieser Artikel konnte nicht recherchiert werden.

19

Dieser Artikel konnte nicht recherchiert werden.

20

Damit sind die Noten der Sowjetregierung vom 2.3.1959 gemeint (s. o.).

21

Die Meldung konnte nicht recherchiert werden.

22

Mit »Ost-West-Konferenz« ist das vorgeschlagene Gipfeltreffen der Regierungschefs der ehemals alliierten Mächte gemeint.

23

Bonn ist erleichtert, aber noch skeptisch. Erste Reaktionen auf die sowjetische Note. In: Die Welt v. 4.3.1959, S. 3.

24

In der Ausgabe des Tag vom 4.3.1959 findet sich kein Artikel dieses Inhalts.

25

Vgl. Bonn sieht kein Entgegenkommen Moskaus. Das erste Echo auf die Sowjetnote – »Ungewöhnlich hart«. In: Tagesspiegel v. 4.3.1959, S. 6.

26

Vgl. Noch härter. In: Tagesspiegel v. 4.3.1959, S. 1.

27

Die Meldung konnte nicht recherchiert werden.

28

Herbert Wehner, Jg. 1906, Politiker, KPD (bis 1942), SPD (ab 1946), 1949–66 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen, 1964–66 stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1969–83 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

29

Herbert Wehner, hatte die Entwicklung eines Planes zur Wiedervereinigung Deutschlands initiiert, der die Einrichtung einer entmilitarisierten und atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und die Wiedervereinigung Deutschlands in drei Stufen vorsah. In einem ersten Schritt sollte eine von der Bundesrepublik und der DDR paritätisch besetzte »Gesamtdeutsche Konferenz« die weiteren Schritte vorbereiten. Damit kam Wehner Ulbrichts Deutschlandpolitik (Vorschlag einer Konföderation beider Staaten) ein Stück entgegen und setzte sich deutlich von den Plänen der Regierung Adenauer ab. In diesen Zusammenhang ist Wehners von der ADN zitierte Äußerung einzuordnen. Der Plan fand weder bei den USA noch bei der UdSSR Zustimmung und wurde auch von bedeutenden Teilen der SPD abgelehnt. Im Juni 1960 erklärte Wehner, diesen Plan nicht weiter verfolgen zu wollen und bekannte sich zur Politik der Westbindung der damaligen Bundesregierung. Vgl. Weber, Petra: Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90. Berlin 2020, S. 171–173.

30

SPD-Pressedienst v. 3.3.1959, S. 2.

31

Vgl. Bonn sieht kein Entgegenkommen Moskaus: Paris spricht von Verhärtung. In: Tagesspiegel v. 4.3.1959, S. 6.

32

Die Meldung konnte nicht recherchiert werden.

33

Der Artikel konnte nicht recherchiert werden.

34

Der Artikel konnte nicht recherchiert werden.

35

Der Artikel konnte nicht recherchiert werden.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv.